

– Empowerment für Privathaushalte als Basiseinheiten unserer Gesellschaft –

Memorandum des Fachausschusses „Strukturwandel des Haushalts“ der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft

Zusammenfassung

Die Daseinsvorsorge der Privathaushalte und Familien in Deutschland hängt nicht allein von der Erwerbs- und Versorgungsarbeit ab, die ihre Mitglieder leisten, sondern auch vom passgenauen Zuschnitt der sozialräumlichen und gesamtpolitischen Rahmenbedingungen ihres Alltagshandelns. Dies ist eine wesentliche Gestaltungsaufgabe, welche die Politik auf allen Ebenen herausfordert, um die Leistungsträger unserer Gesellschaft – die privaten Haushalte mit ihren Menschen – als Partner auf Augenhöhe wertzuschätzen und zu unterstützen. Auf diesem Wege können die Potentiale der Mitglieder von Privathaushalten in weitaus stärkerem Maße als heute für die Belange einer nachhaltigen Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse aktiviert werden und zur Stabilisierung einer demokratischen und offenen Gesellschaft beitragen.

Thesen:

1. Privathaushalte als Basiseinheit der Gesellschaft
2. Chancengerechtigkeit – Zugang zu Ressourcen gewähren
3. Sozialer Ungleichheit entschieden begegnen
4. Investiver strukturpolitischer Handlungsbedarf
5. Gleichstellung: Selbstbestimmte Lebensführung durch Ermöglichung von Erwerbs- und Sorgearbeit im Lebensverlauf von Frauen und Männer fördern

Einleitung

Die aktuelle Basisstudie zur Befindlichkeit der Deutschen stellt fest, dass sie inmitten der Umbrüche der Gegenwart in erster Linie befürchten, künftig kein selbstbestimmtes Leben mehr führen zu können (Allmendinger 2016). Hier artikulieren sich vor allem latente soziale Abstiegsängste der Mittelschichten in einer ungleicher werdenden Gesellschaft. Zudem haben Eltern aus den unteren sozialen Milieus in weiten Teilen die Hoffnung längst aufgegeben, dass es ihren Kindern einmal besser gehen wird. Diese Befunde müssen für politische Parteien Anlass sein, konsequenter als bisher die Voraussetzungen und Kontextbedingungen für selbstbestimmte Entscheidungen von Menschen in den Mittelpunkt ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung zu stellen, die ihren Alltag bekanntlich nicht im luftleeren Raum, sondern in privaten Haushalten gestalten.

Privathaushalte: Basiseinheit der Gesellschaft

Es kommt zunächst darauf an, sich grundsätzlich über die Bedeutung privater Haushalte als den kleinsten sozio-ökonomischen Basiseinheiten der Gesellschaft unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts zu verständigen. Ihre Rolle in einer sich verändernden Welt muss neu definiert werden: Private Haushalte sind keineswegs nur als Verbrauchs- und Konsumeinheiten relevant, sondern übernehmen auch vielfältige andere gesellschaftliche Funktionen, von denen die Vitalität und Wirtschaftskraft unseres Landes abhängen. Privathaushalte sind über ihre vielfältigen produktiven und konsumtiven Handlungsvollzüge als ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor zu charakterisieren, aber auch als Anbieter von Qualifikationen und Arbeitsvermögen. Sie sind zugleich primäre Sozialisationsinstanz der Kindergeneration mit einer nachweislich hohen Bildungsbedeutsamkeit, sie agieren als Solidargemeinschaften, um in Krisensituationen und beim Älterwerden mental und materiell füreinander einzustehen, sie fungieren als Orte der Regeneration und als Schutzraum.

Relevant ist darüber hinaus die Tatsache, dass Privathaushalte ein beträchtliches emanzipatorisches Potenzial für die Entfaltung einer kommunalen Zivilgesellschaft und zur Generierung von brückenbildendem Kapital zwischen verschiedenen Generationen und sozialen Milieus entfaltet haben. Sie organisieren Selbsthilfegruppen, engagieren sich in Vereinen, Betrieben und in gewählten kommunalen Vertretungen und befördern die Integration von zugewanderten Menschen in kommunale Gemeinschaften oder gründen kleine und mittelständische Unternehmen. Privathaushalte treten als Ko-Produzenten auf, wenn sie ihre Ressourcen nachhaltig einsetzen und umweltgerecht wirtschaften. Kurz gesagt: sie verbinden die Projekte ihrer persönlichen Lebensführung mit der Mitverantwortung für die Gestaltung ihrer ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Umwelten (Bröcheler et al 2015).

Mit diesem Verständnis von Privathaushalten könnte auf der lokalen Ebene – sekundiert durch Bund und Länder – eine ganzheitliche Gesellschaftspolitik angestoßen werden, die über traditionelle Politikkonzepte weit hinaus reicht. Eine essentielle Voraussetzung dafür besteht allerdings darin, einen offenen Dialog der politischen Akteure mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft „auf Augenhöhe“ zu führen, ihre Vorstellungen und Wünsche für eine selbstbestimmte Lebensführung ernst zu nehmen und auf lokaler Ebene sozialräumliche Gelegenheitsstrukturen der Begegnung und des Miteinanders zu fördern bzw. zu moderieren. Zugleich bietet dieser Pfad die große Chance, soziale Demokratie im Alltag zu erleben und Selbstwirksamkeitserfahrungen durch aktive Teilhabe an der Gestaltung von gesellschaftlichen Belangen zu sammeln.

Chancengerechtigkeit – Zugang zu Ressourcen gewähren

Mindestens ebenso notwendig ist es im Interesse des sozialen Friedens und der Sicherung von sozialer Demokratie der zunehmenden Spaltung der Zivilgesellschaft, die wir in Deutschland mit großer Sorge wahrnehmen, wirksam entgegenzutreten. Ein konsistentes Politikkonzept wäre deshalb darauf auszurichten, verschiedenen Haushaltstypen den Zugang zu passgenauen Settings an materiellen, institutionellen und zivilgesellschaftlichen Ressourcen zu eröffnen, die ihnen eine eigenständige und nachhaltige private Lebensführung ermöglichen. Von diesem Ziel entfernt sich die Bundesrepublik Deutschland leider mehr und mehr. Die wachsende soziale Spaltung der Gesellschaft, das Auseinanderdriften der Lebenslagen verschiedener Haushaltsformen hat Konsequenzen, die sich mittlerweile Demokratie gefährdend auswirken, indem sie radikalen Strömungen unterschiedlicher Provenienz erheblichen Zulauf verschaffen und anti-europäische Stimmungen befördern.

Diese Phänomene erfordern es von den politischen und wirtschaftlichen Eliten, zeitnah eine Reihe von überfälligen Kurskorrekturen vorzunehmen – und zwar sowohl mit Blick auf Chancengerechtigkeit als auch im volkswirtschaftlichen Interesse. So muss unseres Erachtens deutlich mehr für die Zielgenauigkeit ehe- und familienbezogener Leistungen getan werden, damit sie dort ankommen, wo sie wirklich benötigt werden. Während gegenwärtig 13 % der staatlichen Familienleistungen an die reichsten 10 % der Privathaushalte fließen, kommt dem untersten Dezil der Privathaushalte in Armutslagen lediglich 7 % der familienpolitischen Ausgaben zugute (Stichnoth 2015). Das geht vor allem auf das Ehegattensplitting und die Kinderfreibeträge in der Einkommensteuergesetzgebung zurück, deren Wert mit steigendem Einkommen wächst. Hier findet sich der Matthäus-Effekt „Wer hat, dem wird gegeben“ bestätigt. Zudem bedarf es wirksamer Ausgleichsmechanismen, um die prognostizierten Lohnentwicklungen bis 2020 zu kompensieren, nach denen kinderlose Paare und Alleinstehende die größten Steigerungen der äquivalenzgewichteten Haushaltseinkommen erreichen werden, wohingegen der Zugewinn für Familien mit Kindern, insbesondere von Alleinerziehenden, wesentlich niedriger ausfallen wird. Und das, obwohl sie mit ihrer Entscheidung für Nachkommen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung leisten (Bertelsmann-Stiftung 2015).

Sozialer Ungleichheit entschieden begegnen

Durch die Umgestaltung dieser offensichtlich ungerechten Verteilung zugunsten bedürftiger Familienhaushalte könnte die Familienpolitik selbst bei konstanten Gesamtausgaben einen zielgenaueren Beitrag zur Reduktion von Kinder- und Familienarmut leisten. Wir brauchen jedoch auch eine grundsätzliche öffentliche Debatte darüber, wieviel soziale Ungleichheit die bundesdeutsche Gesellschaft verträgt und wo es im Sinne eines vorsorgenden Sozialstaats

geboten ist, den „starken Schultern“ mehr für die Finanzierung öffentlicher Haushalte abzuverlangen. In der Wissenschaft gibt es inzwischen einen breiten internationalen Konsens, dass die heutige Ungleichheit in Deutschland zu hoch ist und einen massiven wirtschaftlichen Schaden verursacht (Fratzscher 2016/Nachtwey 2016). Die gesellschaftlichen Folgekosten einer sich sozial spaltenden Gesellschaft und einer bisher vollkommen unzulänglichen Förderung von einheimischen und zugewanderten Kindern aus armen Haushalten werden die alternde deutsche Gesellschaft teuer zu stehen kommen.

Die sozio-ökonomische Basis vieler Familienhaushalte verharrt in unserem Land auf einem unterdurchschnittlichen Wohlstandsniveau, so dass eine selbstbestimmte private Lebensführung kaum möglich ist. Das hat negative Folgen für die Teilhabe- und Entwicklungschancen von Eltern und Kindern. Nach wie vor gehört Deutschland zu den OECD-Ländern, wo schichttypische Schulleistungsunterschiede am weitesten auseinanderklaffen und die Unterschiede im sozioökonomischen Status zwischen Migrantenkindern und einheimischen Mädchen und Jungen besonders stark ausgeprägt sind. Hinzu kommt, dass – trotz vielfältiger engagierter Projekte vor Ort, die der Stärkung von Alltagskompetenzen und Resilienz dienen – die Kinderarmut in sozialräumlichen Bezügen eher verdichtet auftritt und dadurch der Teufelskreis solcher Sozialisationskontexte nicht aufgebrochen werden konnte. So leben etwa zwei Drittel der unter 18-Jährigen im Ruhrgebiet in Stadtteilen mit einer SGB II-Quote von mindestens 15 % und einem Ausländeranteil von mindestens 12 %. Diese Stadtteile stellen die „Kinderstube der Stadtgesellschaft“ dar. Solche Verteilungsmuster zeigen sich bei Armutsraten und Einkommensverteilungen in den Städten, aber auch bei den „Bildungsjahren“ der Eltern. Verdeutlicht wird die Prägung u. a. durch den Befund, dass Kitas nicht nur häufig eine sozial selektive Zusammensetzung der Kinder aufweisen, sondern dass sich auch die Qualität der professionellen und räumlichen Ausstattung von Kitas sozial selektiv unterscheidet: Je niedriger der soziale Status der NutzerInnen der Angebote, desto geringer sind die Ausstattungsqualität und Lernbedingungen in den Einrichtungen (Bogumil et al 2012). Deshalb wird der Teufelskreis der intergenerationellen Weitergabe von Armut nicht durchbrochen und die Potenziale dieser Kinder verkümmern.

Investiver strukturpolitischer Handlungsbedarf

Hier braucht es strukturpolitische Entscheidungen. Erst dann können letztlich auch bildungsbezogene Initiativen wie die Budget- oder Schuldnerberatung von Privathaushalten, wie stadtteilbezogene Projekte „Auskommen mit dem Einkommen“ oder ehrenamtliche Lesepaten nachhaltige Wirkungen entfalten, indem sie ihre Kompetenzen und Selbsthilfekräfte stärken. Gelingt das nicht, wird es Kindern aus diesen Herkunftskontexten auch als Erwachsene kaum

möglich sein, eine selbstbestimmte Lebensführung zu praktizieren und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Dabei hätten sie in unterschiedlichen Berufsfeldern, vor allem im wachsenden Dienstleistungssegment personaler Versorgung, in den nächsten Jahren gute Chancen einen krisenfesten Arbeitsplatz zu finden und könnten ihrerseits Wohlstandspotenziale durch Steuern und Sozialabgaben generieren anstatt in ihrem Lebensverlauf möglicherweise durchgängig auf staatliche Transferleistungen angewiesen zu sein.

Diese Rechnung geht allerdings nur auf, wenn hier zu Lande auch mehr für die Lohngerechtigkeit getan wird. Einer aktuellen branchenspezifischen Simulationsstudie zufolge wird die Kluft zwischen den Beschäftigten im kapital- und technologieintensiven verarbeitenden Gewerbe auf der einen und im Dienstleistungssektor auf der anderen Seite bis 2020 weiter zunehmen: Während in der Chemie-, Auto- und Elektroindustrie im Zeitraum von 2012 bis 2020 durchschnittlich real verfügbare Einkommenssteigerungen bis zu 6.200 Euro je Arbeitskraft und Jahr möglich sind, fallen die erwarteten Einkommenszuwächse im Gastgewerbe, in privaten Haushalten, aber auch im Bereich Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen mit 1.050 bis 1.500 Euro je Arbeitskraft und Jahr deutlich niedriger aus (Bertelmann-Stiftung/Prognos AG 2015). Damit vergrößern sich die ohnehin schon bestehenden Einkommensdifferenzen zwischen Industrie- und Dienstleistungsbranchen weiter. Begründet werden solche Unterschiede mit der geringen Produktivität in den weiblich konnotierten Dienstleistungsberufen. Hier versagen jedoch die herkömmlichen Bewertungsansätze aus der Industrieproduktion: wir können zwar immer schneller Autos produzieren, aber nicht Kinder erziehen und Alte pflegen. Die Geringschätzung gegenüber diesen Dienstleistungen geht zurück auf das in (West-) Deutschland über viele Jahrzehnte favorisierte „Ernährermodell“ für Familienhaushalte. Dadurch blieb die gesellschaftlich notwendige Arbeit des Alltags, die in den privaten Haushalten ganz überwiegend von Frauen erledigt wurde, unsichtbar und erfährt letztlich auch in ihrer verberuflichten Form (Hausarbeit als Erwerbsarbeit) eine massive Abwertung. Nicht von ungefähr befürchten viele junge Frauen im Hinblick auf die Gründung eines eigenen Familienhaushalts den Rückfall in traditionelle Geschlechterrollen und sehen einen wesentlichen Grund dafür in der fehlenden Lohngerechtigkeit (BMFSFJ/DELTA-Institut 2016).

Noch wird in den aktuellen Debatten um die Zukunft der wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland verkannt, dass im globalen Wettbewerb gerade jene Dienstleistungen an ökonomischer Relevanz gewinnen, die mehr denn je den sozialen, qualifikatorischen, politischen und kulturellen Rahmen der materiellen Produktion liefern und absichern. Es ist deshalb frappierend, dass die Marktpotentiale für gute Arbeit in diesem wachsenden Dienstleistungssegment politisch nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit gefördert werden wie die Automobilindustrie (zuletzt durch die Förderprämie für Elektro- und Hybridfahrzeuge). Der

Übergang in die wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft muss unseres Erachtens mit einem radikalen Abschied vom traditionellen deutschen Typus der Dienstleistungsarbeit verbunden werden, der sich bis heute auf das herkömmliche Geschlechterverhältnis mit der typischen Zuweisung der Haus- und generativen Sorgearbeit an Frauen sowie ihrer Niedriglohnbeschäftigung im personen- und haushaltsnahen Dienstleistungssektor stützt. Politisch verantwortliches Handeln für die Gewährleistung von guter Dienstleistungsarbeit, die der klassischen „deutschen“ Facharbeit in nichts nachstehen dürfte, erfordert zudem eine gesellschaftliche Rahmung und Kontrolle von Professionalisierungs- und Qualitätsstandards der personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungsfacharbeit und deren Überprüfung im beruflichen Alltag der betreffenden Beschäftigtengruppen.

Gleichstellung: Selbstbestimmte Lebensführung durch Ermöglichung von Erwerbs- und Sorgearbeit im Lebensverlauf von Frauen und Männer fördern

Ein konsistentes Politikkonzept zur Förderung einer selbstbestimmten Lebensführung kommt folglich nicht umhin, sich verstärkt mit der immer noch erheblichen Geschlechterungleichheit in Deutschland auseinanderzusetzen: Obwohl nur noch 10 Prozent der Eltern mit Kindern unter 6 Jahren das Alleinverdienermodell (Mann Vollzeit/Frau nicht erwerbstätig) gut finden (BMFSFJ/IfD Allensbach 2015), wirken zentrale ehe- und familienbezogene Leistungen und Maßnahmen nach wie vor keineswegs neutral auf die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, sondern fördern Einverdienerhaushalte besonders stark. Dabei gilt: je stärker sich die Partner in ihrem zu versteuernden Einkommen unterscheiden, umso größer fällt der Splittingvorteil in der Einkommenssteuer aus (Stichnoth 2015).

Es wird künftig also **zum einen** darum gehen, Frauen und Männern mit Sorgeverantwortung im Lebensverlauf die für diese gesellschaftlich bedeutsame Arbeit in ihrem privaten Lebenszusammenhang benötigte Zeit einzuräumen und die erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln, ohne ihnen deshalb den Aufbau einer substantiellen Erwerbsbiographie zu verwehren. Deshalb sind Konzepte wie die Einführung einer Familienarbeitszeit und von Pflegezeiten aus unserer Sicht unbedingt zu befürworten. **Zum anderen** brauchen Frauen und Männer mit Sorgeverantwortung aber neben einer guten familienergänzenden Kinderbetreuung auch professionelle Entlastung von der täglichen Haushaltsarbeit, um sich existenzsichernde Erwerbsbiographien aufbauen zu können und zugleich Qualitätszeit für Kinder, Partnerinnen, Partner und pflegebedürftige Angehörige zu haben. Ebenso benötigen allein lebende ältere Menschen oder ältere Paare, die sich den Verbleib in den eigenen vier Wänden wünschen, Assistenz und qualifizierte Unterstützung in ihrer Haushaltsführung. Auch deshalb wird der Bedarf an Arbeits-

kräften, die bestimmte haushaltsnahe Tätigkeiten in stationären und ambulanten Einrichtungen, aber eben auch in privaten Haushalten verlässlich und in guter Qualität übernehmen, in den nächsten Jahren deutschlandweit deutlich zunehmen (Meier-Gräwe 2015).

Noch haben wir in Deutschland den Pfad der Billigdienstleistungsökonomie allerdings nicht verlassen; gesetzt wird primär auf Minijobs und auf ein „Weiterreichen“ der Betreuung und Pflege älterer hilfebedürftiger Menschen an transnationale Haushaltsarbeiterinnen. Hier liegt einer der Gründe dafür, dass in Deutschland die gesunden Lebensjahre von Frauen und Männern nach ihrem 65. Lebensjahr seit 2005 abnehmen, während es in den skandinavischen Ländern durch den Ausbau von kommunalen servicebasierten Dienstleistungsnetzen gelungen ist, die Zahl der gesunden Lebensjahre deutlich zu erhöhen (Heintze 2015).

Aber auch andere erfolgreiche Modelle wie das Belgische Gutscheinsystem wären geeignet, in Deutschland als Markteinführungshilfe für bezahlbare haushaltsnahe Dienstleistungen von guter Qualität adaptiert zu werden. In Belgien konnte der "schwarz-grau-melierte" Arbeitsmarkt Privathaushalt binnen kürzester Zeit zugunsten sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze umgestaltet und viele Dienstleistungsbetriebe etabliert werden. Solche Investitionen auch bei uns zu tätigen, würde im Einklang mit dem aktuellen Tragfähigkeitsbericht des Bundesfinanzministeriums stehen, wonach eine existenzsichernde Erwerbsarbeit von Müttern und Vätern wirksam unterstützt und die sozio-ökonomische Basis von Privathaushalten nachhaltig gesichert werden könnte (BMF 2016).

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

Vorsitzende Fachausschuss „Strukturwandel des Haushalts“

Kontakt

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe

Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft

Bismarckstraße 37

35390 Gießen

Tel. +49 (0)641 99-39300

Fax +49 (0)641 99-39309

✉ uta.meier-graewe@haushalt.uni-giessen.de

Geschäftsstelle dgh

Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V.

Agnes Loose,

Hafenstraße 9,

48432 Rheine

Tel. +49 (0)5971 8007398

Fax +49 (0)5971 8007409

✉ dgh@dghev.de

www.dghev.de

Literaturquellen

- Allmendiger, Jutta (2016): Das Vermächtnis. Die Welt, die wir erleben wollen. Berlin.
- Bertelmann-Stiftung (2015): Lohneinkommensentwicklungen 2020. Eine Vorausberechnung der Einkommensentwicklung in Branchen, Haushalten und Einkommensgruppen für Deutschland. Gütersloh.
- Bogumil, Jörg/ Heinze, Rolf G./ Lehner, Franz/ Strohmeier, Klaus Peter (2012): Viel erreicht - wenig gewonnen. Ein realistischer Blick auf das Ruhrgebiet. Essen.
- Bröcheler, Mareike; Dangel-Vornbäumen, Caroline; Bertsch, Frank (2015): Strukturen und Anforderungen privater Lebensführung im Alltag. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft, H. 2, S. 82-87
- BMFSFJ/DELTA-Institut (2016): Mitten im Leben. Wünsche und Verwirklichungschancen von Frauen zwischen 30 und 50 Jahren. Hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- BMFSFJ/Institut für Demoskopie Allensbach (2015): Weichenstellungen für die Aufgabenstellungen in Familie und Beruf. Dossier Väter und Familie. Erste Bilanz einer neuen Dynamik. Berlin.
- Bundesministerium für Finanzen (BMF) (2016): Vierter Tragfähigkeitsbericht. Berlin.
- Fratscher, Marcel (2016): Der Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird. München.
- Heintze, Cornelia (2015): Auf der Highroad – der skandinavische Weg zu einem zeitgemäßen Pflegesystem. Ein Vergleich zwischen fünf nordischen Ländern und Deutschland, 2., aktualisierte und inhaltlich überarb. Aufl., Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11337.pdf> (Abruf: 15.12.2016).
- Meier-Gräwe (2015): Die Arbeit des Alltags – Warum wir sie gesellschaftlich neu organisieren und geschlechtergerecht verteilen müssen. In: Meier-Gräwe (Hg.): Die Arbeit des Alltags. Wiesbaden, S. 1-36.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin.
- Stichnoth, Holger (2016): Verteilungswirkungen ehe- und familienbezogener Leistungen und Maßnahmen. Berlin.